



BEZIRKSTAGS- WAHLPROGRAMM

Wissenswertes zu den bayerischen Bezirken

Die bayerischen Bezirkstage sind eine Besonderheit und nur in Bayern und der Rheinlandpfalz vorgesehen. Neben den sieben Regierungsbezirken bestehen in dritter kommunaler Ebene die Bezirkstage. Diese übernehmen Aufgaben, die über die Zuständigkeit und das Leistungsvermögen der Landkreise und kreisfreien Städte hinausgehen. Im Wesentlichen betrifft das die Bereiche Soziales, Gesundheit, Heimat, Tradition, Kultur, Jugendbildung und Umwelt.

Rund 94 Prozent der Haushaltsmittel werden im Sozial- und Gesundheitswesen, in der Pflege und der Behindertenarbeit aufgewendet. Als AfD achten wir darauf, dass das Geld bei den hilfsbedürftigen Menschen ankommt und nicht für ideologische Projekte verschwendet wird. Die Schnittstelle zur Staatsregierung findet sich beim Bezirkstag, dem kommunalen Spitzenverband der sieben Bezirke Bayerns.

Heimat und Kultur

Bayern ist lebens- und liebenswert. Mit seiner malerischen, vielfältigen Landschaft, den Bergen, Wäldern und Seen, den kleinen Dörfern ebenso wie dem Charakter der Kleinstädte und der Landwirtschaft zeichnet sich Bayern aus. Aber auch der „Bayer“, der Mensch, ist etwas ganz „Eigenes“. Heimatpflege ist für die AfD neben der Natur auch die Pflege der Traditionen, Bräuche und Kultur, des Dialekts und der Sprache. Durch Denkmalschutz und eine objektive, ehrliche Erinnerungskultur soll die Geschichte der Bayern an junge Generationen weitergegeben werden.

Inklusion und Teilhabe

Die Inklusion von Menschen mit Behinderung ist eine der

originären Aufgaben der Bezirke. Das Wohl der Betroffenen hat oberste Priorität. Die AfD begrüßt die Teilhabe von Menschen mit Behinderung und fordert ihre optimale individuelle Betreuung und Förderung. Die Schulbegleitung halten wir in der Praxis für mangelhaft. Wir fordern, dass Lehrkräfte für Inklusionsklassen in Sonderpädagogik fortgebildet werden.

Der Einsatz von Schulbegleitern führt oftmals zu einer Mehrfachbesetzung von Betreuern in einer Klasse. Hier muss das Kultusministerium nachbessern und darf diese Problematik nicht auslagern.

Teilhabe am Arbeitsleben

Versuche, Menschen mit Behinderung aus den Werkstätten auf den Arbeitsmarkt zu bringen, um sie dort zu integrieren, führen bei den Betroffenen oft zur Ablehnung. Die AfD fordert, dass die persönlichen Wünsche der Betroffenen respektiert werden. Inklusion darf nicht unter Druck geschehen.

Mehr Hilfen für Schwerstmehrfachbehinderte und deren Eltern

Schwerstmehrfachbehinderte, die aufgrund ihrer Krankheit zum Überleben auf eine 24-Stunden-Betreuung angewiesen sind, sind nicht in der Lage, eine Schule oder Werkstatt zu besuchen oder eine andere Art von Behindertenhilfe in Anspruch zu nehmen. Aus Liebe zu ihrem Kind leisten Eltern diesen Dienst gerne, solange sie das können. Es gibt jedoch erschütternde Fälle, dass völlig überlastete Eltern aus Verzweiflung ihrem Kind und sich selbst das Leben nehmen. Die AfD fordert spezielle Hilfeangebote für besonders betroffene Eltern.

Betroffene besser in Entscheidungen einbinden

Als überörtlicher Träger der Sozialhilfe finanzieren die Bezirke Leistungen für Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf und übernehmen dadurch wichtige Aufgaben im Sozialwesen. Wir betrachten die sozialen Belange als Kernaufgaben der Bezirke. Für die Integration, Inklusion und die Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Leben ist zu sorgen, um selbstständiges und selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen.

Wir fordern dabei die stärkere Einbeziehung der benachteiligten Menschen in Entscheidungsprozesse. Statt über diese Menschen zu reden, muss man mit ihnen reden. Sie sind unsere Mitbürger und gehören zu unserem Gemeinwesen.

Pflegestützpunkte zur neutralen Beratung bayernweit ausbauen

Für die Orientierung und Unterstützung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen wurden in Oberbayern sogenannte Pflegestützpunkte eingerichtet. Die anderen Bezirke ziehen nach. Wir begrüßen eine dezentrale, neutrale Beratung in allen Belangen der Pflege und möchten bayernweit in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt die Einrichtung dieser Beratungsstellen erreichen.

Hilfe bei Obdachlosigkeit

Durch die willkürlichen und unverhältnismäßigen Maßnahmen der Staatsregierung während der Corona-Krise wurden viele Menschen schwer geschädigt. Lockdowns, einrichtungsbezogene Zwangsimpfungen, Konkurse und Arbeitsplatzverluste führten zu einem enormen Anstieg der Obdachlosigkeit, die Kommunen und Kreise belastet.

Die AfD fordert eine bessere Unterstützung der Kommunen bei der sozialen Betreuung von Obdachlosen.

Bezirk 2030+ Fit für die Zukunft

Das Projekt „Bezirk 2030+“ im Bezirk Oberbayern möchte insbesondere die Verwaltung und die Bezirkseinrichtungen stärken und modernisieren. Die AfD unterstützt diese Ambitionen in den Bereichen der Digitalisierung, des Kundenservice, der IT-Ausstattung und bei sinnvollen Umstellungen, welche die Verwaltung effizienter und kundenorientierter ausgestalten und auch die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter erleichtern.

Die Unterordnung aller sozialen Aufgaben unter die Agenda der CO2-Neutralität als erklärtes Ziel lehnen wir jedoch ab.

Psychotherapie und Betreuung junger Menschen

Die überzogenen und oft rechtswidrigen Corona-Maßnahmen der Staatsregierung schaden der psychischen Gesundheit der Menschen enorm. Dabei fällt auf, dass sich psychische Erkrankungen, insbesondere Depressionen, Angst- und Anpassungsstörungen bereits bei jungen Menschen häufen. Während für Senioren bei Wohlfahrtsverbänden teilweise niederschwellige Angebote bestehen, fehlen vergleichbare Betreuungsmöglichkeiten für junge Menschen.

Wir fordern daher, Anlaufstellen speziell für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, außerhalb von Psychotherapie und Psychiatrie, niederschwellig bereitzustellen.

Psychiatrie transparent machen – bessere Kontrollfunktionen vorsehen

Die Psychiatrieeinrichtungen müssen von neutralen Institutionen besser kontrolliert und durch Aufsichtsstellen überwacht werden. Wir fordern den Ausbau von Beschwerdestellen. Diese sind mit Experten aus den einschlägigen Fachrichtungen zu besetzen. Zwangsmaßnahmen, Freiheitsentzug und Unterbringung dürfen nur in einem exakt definierten gesetzlichen Rahmen erfolgen und müssen genau kontrolliert werden.

Lotsen für soziale Beratung

Viele Menschen in schwierigen Situationen kennen ihre Rechte und die Möglichkeiten sozialer Hilfsangebote nicht. Ihnen fällt es schwer, sich im Dschungel der Dienstleister zurechtzufinden. Wir wollen daher, vergleichbar mit den Pflegestützpunkten, neutrale Stellen bei den Bezirken einrichten, die Hilfesuchende dabei unterstützen, für sie das passende Angebot zu finden, und ihnen beim Ausfüllen von Formularen helfen.

Jugendarbeit und politische Bildung

Politische Bildung ist zu begrüßen. Doch darf diese nicht dazu instrumentalisiert werden, um fragwürdige Ideologien, die nur eine Gesinnung als „richtig“ anerkennen, in Kinderhirne zu pflanzen. Zur Demokratie gehören Toleranz, Meinungsvielfalt und die Freiheit des Individuums. Kinder und Jugendliche sollen durch politische Bildung Demokratie im Sinne unseres Grundgesetzes kennenlernen. Demokratie bedeutet, diese auch praktisch zu leben.

Vereinsleben stärken!

Aufgrund der aktuellen Krisen und eines gesellschaftlichen Wandels sind Kommunen oft nicht mehr in der Lage, die örtlichen Vereine adäquat zu unterstützen. Finanzielle Einbußen, gesetzliche Vorgaben, Haftungsfragen und Personalmangel machen es Vereinen immer schwerer, ihre Aufgaben zu meistern. Dabei erfüllen Vereine wichtige Integrations- wie auch Sozialisationsfunktionen und müssen deshalb von den Bezirken besser unterstützt werden.

Elektromobilität ist ein Irrweg

Als AfD lehnen wir die Umrüstung der Bezirke in Bayern auf Elektro-Fahrzeuge ab. Die teilweise mit Kinderarbeit verbundene Gewinnung von Rohstoffen für die Herstellung von Batterien verursacht massive Umweltschäden und ist für uns inakzeptabel. Darüber hinaus zeigen Studien von Joanneum Research und Volkswagen, dass batteriebetriebene Fahrzeuge viel mehr CO₂ emittieren als Diesel-Fahrzeuge. Daher setzen wir auf eine Ausrüstung der Bezirke mit Diesel-Fahrzeugen.

Leichte Sprache statt Gendersprachbarrieren

Wir lehnen die Umstellung der Kommunikation der Bezirke auf Genderschreibweise unter Verwendung von Sonderzeichen bei der Korrespondenz und bei Sachstandsberichten ab. Gendersprache bedeutet eine generelle Verunstaltung der Sprache und stellt insbesondere für Menschen mit Behinderung eine zusätzliche Hürde und Verwirrung dar. Gegenüber der „Leichten Sprache“ ist das höchst kontraproduktiv und kostet darüber hinaus viel Geld und Zeit.

Umweltschutz

Alle kostspieligen Bemühungen um CO₂-Neutralität werden das Weltklima aufgrund anderer, viel relevanterer Faktoren nicht beeinflussen. Anstatt viele Milliarden Euro Steuergeld für dieses illusorische Ziel zu opfern, müssen wir Konzepte verfolgen, die uns bei der Anpassung an veränderte klimatische Bedingungen helfen. Die Bezirksgüter müssen auf natürliche Klimaveränderungen vorbereitet werden. Das gilt für die Land- und Forstwirtschaft genauso wie für Immobilien und Wohnformen. Der Umweltschutz, der Erhalt der Artenvielfalt und die Pflege unserer Natur und Gewässer haben höchste Priorität.

Dabei gibt es jedoch nicht nur einen dogmatischen Weg, sondern wir sollten stets verschiedene Perspektiven gegeneinander abwägen und pragmatische Entscheidungen fällen. Die AfD steht für nachhaltigen, ganzheitlichen Umweltschutz statt einer ideologisierten Fixierung nur auf das Thema „Klimawandel“.

Verteilen Sie unser Programm digital.



ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AfD)

Landesverband Bayern
Ekkehartstraße 1
85630 Grasbrunn

E-Mail: geschaefsstelle@afdbayern.de

